

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
einen Kurswechsel in eine stabile und soziale Zukunft in der Europäischen Union**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass sie sich in der Europäischen Union für

1. die rasche Einrichtung des im permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus vorgesehenen "Währungsfonds", gekoppelt an einen Mechanismus zur frühzeitigen Erkennung und Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte,
2. ein EU-Programm mit den Zielen fiskalischer und makroökonomischer Stabilität, Erhöhung der Beschäftigung sowie beschleunigter wachstumsfördernder Maßnahmen und
3. geeignete Maßnahmen für eine nachhaltige Refinanzierung Österreichs und aller anderen EU-Staaten zu möglichst niedrigen Zinsen

einsetzt.

Begründung

Durch die weltweite Finanzkrise kam es zu einem starken Anstieg der öffentlichen Verschuldung, nachdem enorme Finanzmittel zur Bankenrettung und Konjunkturstabilisierung eingesetzt wurden. Einzelne Staaten gerieten und geraten nun in eine immer ausweglosere Situation, da die hohen Staatsschulden in Kombination mit relativ niedrigen Wachstumsraten die Zinsen für die Refinanzierung dieser Staaten auf den Märkten deutlich ansteigen ließen. Es wird darüber hinaus befürchtet, dass die Insolvenz eines Staates zu Kettenreaktionen mit unkalkulierbaren Folgen für die Finanzstabilität der gesamten EU führen kann. In dieser Not wurde der „Euro-Rettungsschirm“

aufgespannt, um unterstützt durch eine Verbesserung der Haushaltsdisziplin die Kosten der Refinanzierung dieser Staaten auf ein vernünftiges Niveau zu senken. Die aktuelle Verteuerung der Refinanzierung führte nämlich zur Verringerung der Investitionsmaßnahmen und verschlechterte somit die finanzielle Situation der Länder durch wirtschaftlichen Rückgang und sinkende Steuereinnahmen. Der Wirtschaftseinbruch in den betroffenen Ländern wirkt sich negativ auf den gesamten EU-Raum aus und trifft vor allem Exportländer wie Österreich. Oberösterreich ist als Bundesland mit großen Industrie- und Exportunternehmen hier besonders betroffen.

Neben der Sicherstellung einer günstigen Refinanzierung, müssen aber auch Maßnahmen getroffen werden, die die Lücken und Schwächen der bestehenden wirtschaftspolitischen Steuerung und Überwachung der Wirtschafts- und Währungsunion beheben. Für diese Reformen sind neben der Finanzmarktregulierung und –aufsicht, die Sicherung der langfristigen Nachhaltigkeit in den öffentlichen Haushalten und die Stärkung der Finanzstabilität im Auge zu behalten.

Um diese Krise zu bewältigen, bedarf es daher einer grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Neuorientierung. Drei wichtige Ansatzpunkte sind:

- Mittels eines **Europäischen Währungsfonds** erhält die EU die erforderliche Struktur für die Bewältigung der finanzpolitischen und volkswirtschaftlichen Aufgabenstellungen. Die Einrichtung des EWF muss dabei an einen Mechanismus zur frühzeitigen Erkennung und Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte gekoppelt sein.
- Ein **gemeinsames EU-Programm** mit den Zielen fiskalischer und makroökonomischer Stabilität, der Erhöhung der Beschäftigung sowie beschleunigter wachstumsfördernder Maßnahmen erleichtert den Abbau der Schulden, ermöglicht wichtige Zukunftsinvestitionen und verhindert vor allem eine Verarmung großer Teile der europäischen Bevölkerung.
- Geeignete Maßnahmen für die nachhaltige **kostengünstige Refinanzierung der EU-Staaten** – insbesondere Österreichs – sind vor dem Hintergrund der gestiegenen öffentlichen Verschuldung dringend erforderlich. Im Sinne einer konsequenten und nachhaltigen Vorgehensweise sollen dabei möglichst effiziente Maßnahmen gesetzt werden, die zu einer möglichst günstigen Refinanzierung für alle EU-Staaten führen.

Linz, am 13. März 2012

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Jahn, Müllner, Röper-Kelmayr, Weichsler-Hauer, Krenn, Pilsner, Rippl, Makor, Peutlberger-Naderer, Affenzeller, Bauer, Eidenberger, Promberger

Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Strugl, Lackner-Strauss, Jachs, Aichinger, Baier, Dörfel, Stanek, Frauscher, Brunner, Höckner, Schwarzbauer, Weixelbaumer, Hüttmayr